



BETRIEBSZEITUNG

Der Transformator

Preis 5 Pf.

der
Belegschaft des
Transformatorwerkes
„KARL LIEBKNECHT“



JULI 1954. NR. 28

HERAUSGEBER: SED-BETRIEBSPARTEIORGANISATION

6. JAHRGANG

Wo stehen wir im Jahr der großen Initiative nach dem 1. Halbjahr 1954

Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Der Deutschen Demokratischen Republik, dem Staat der Arbeiter und Bauern, kommt im Kampf um die Sicherung des Friedens und die Wiederherstellung eines einigen, friedliebenden und demokratischen Deutschlands eine entscheidende Rolle zu. Die Festigung und Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik und die Stärkung der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik — zugleich der Hauptstadt ganz Deutschlands — ist daher die Hauptaufgabe jedes Bürgers unseres Staates.

In diesem Kampf um die Gestaltung eines friedlichen und fortschrittlichen Deutschlands stellt der 5-Jahr-Plan ein Dokument von großer nationaler Bedeutung dar. Durch ihn wird das Lebensniveau des Volkes des alten imperialistischen Deutschlands — in einem Teil Deutschlands — weit übertroffen und damit allen Werktätigen Westdeutschlands Beispiel sein in ihrem Kampf gegen die kapitalistische Unterdrückung und den wiedererstehenden deutschen Militarismus.

Eine entscheidende Aufgabe für uns als Angehörige des volkseigenen Betriebes Transformatorwerk „Karl Liebknecht“ muß sein, die politischen Aufgaben mit unseren wirtschaftlichen Aufgaben eng zu verbinden.

Im Verlauf des I. Halbjahres 1954 haben auch wir in unserem volkseigenen Betrieb große Erfolge zu verzeichnen. Die intensive Aufklärungsarbeit aller Kollegen über den Verlauf der Außenminister-Konferenz, den Verlauf des IV. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands mit seiner Aufgabenstellung, des Deutschlandtreffens sowie der Volksbefragung haben dazu beigetragen, das neue Staatsbewußtsein bei unseren Kollegen zu stärken und zu festigen. Durch die aktive Mitarbeit unserer Kollegen ist es gelungen, bei der Volksbefragung

in Köpenick an der Spitze zu liegen. Ebenso erzielten die uns zur Betreuung übertragenen Abstimmungsbereiche hervorragende Ergebnisse. Unseren Produktionsplan haben wir im I. Quartal 1954 in der Warenproduktion nach Abgabepreisen nur mit 83 Prozent erfüllt, dagegen mit Bestandsveränderung 92 Prozent. Ursache war der schwere Anlauf des Planes, zu später Auftragsingang und Planbestätigung. Das II. Quartal 1954 haben wir in der Warenproduktion nach Abgabepreisen mit 115 Prozent erfüllt, das bedeutet, daß wir unseren Halbjahresplan in der Warenproduktion nach Abgabepreisen mit 98 Prozent erfüllt haben. Das sind 46 Prozent des Jahresplanes. Der Fehlbetrag wurde hervorgerufen durch Annulierungen seitens unserer Kunden und verspätete Anlieferung von Vorwerkstättenteilen, so daß eine andere Produktion dafür nicht vorgesehen werden konnte.

Dieser Erfolg bedeutet eine um 12 Prozent höhere Produktion als im I. Halbjahr 1953, bei einer Inanspruchnahme des Arbeitskräfteplanes von 96 Prozent und einer durchschnittlichen Arbeitskräftezahl gegenüber 1953 von 92 Prozent. D. h. wir haben eine Steigerung der Arbeitsproduktivität von 18 Prozent erreicht.

An diesem großen Erfolg haben alle Kollegen einen entsprechenden Anteil und hierfür möchte ich Euch allen im Namen der Regierung und unserer Partei meinen Dank aussprechen.

Aber Kollegen, können wir uns mit diesen Erfolgen zufrieden geben? Noch ist die nationale Frage in Deutschland nicht gelöst, noch ist die Gefahr eines neuen Krieges und die Gefahr der Anwendung der Atom- und Wasserstoffbomben nicht gebannt.

Deshalb müssen wir einen verstärkten Kampf gegen das Wiedererstehen des deutschen Militarismus und die Kriegstreiber der Welt führen.

Die Volkskammerwahlen im Oktober ds. Js. sollen der Welt zeigen, daß das deutsche Volk den Weg des Friedens, der Demokratie und Freiheit gehen will. Noch aktiver werden auch wir als Angehörige unseres volkseigenen Betriebes uns für die Vorbereitung der Volkskammerwahlen einsetzen.

Trotz der großen wirtschaftlichen Erfolge haben wir noch große Schwächen in der Produktion zu verzeichnen. Es ist notwendig, die Arbeitsorganisation zu verbessern, um einen kontinuierlichen Arbeitsablauf zu gewährleisten.

Um unseren Plan im Jahre 1954 voll zu erfüllen, ist der neue Plan umgehend auf alle Abteilungen aufzuschlüsseln, ebenso der Arbeitskräfteplan und die Kosten für die Produktionsabteilungen. Damit Ihr durch Eure Kritik und Vorschläge besser helfen könnt, den Plan zu erfüllen, sind konkrete Produktionsberatungen zu organisieren, wobei besonders das Energie- und Exportprogramm behandelt werden muß.

Zur Steigerung der Rentabilität unseres Betriebes hat die Werkleitung einen Entwurf eines Kampfplanes für strenge Sparsamkeit ausgearbeitet, der durch Euch in Beratungen ergänzt werden soll.

Zur Aktivierung der Rationalisatorbewegung sind ebenfalls von der BGL entscheidende Maßnahmen festgelegt worden.

Gelingt es uns, alle Werktätigen unseres volkseigenen Betriebes durch diese Maßnahmen in den Kampf um die Erfüllung unseres Planes einzubeziehen, sie davon zu überzeugen, daß durch ihre Arbeit in unserem Betrieb sie einen entscheidenden Anteil bringen zur Verbesserung der Lebenslage aller Arbeiter, dann geben wir unserer Regierung die Mittel in die Hand, den neuen Kurs schneller zu verwirklichen.

M. Graskowski
Werkleiter

BESCHLUSS

der Belegschaft des Transformatorenwerkes „Karl Liebknecht“ zum Rechenschaftsbericht des Betriebskollektivvertrages II. Quartal 1954

Die gewissenhafte Erfüllung unseres Produktionsplanes gehört zu den vorrangigsten Aufgaben zur Erfüllung der Verpflichtungen im Betriebskollektivvertrag. Die Partei der Arbeiterklasse und unsere Regierung haben den Werktätigen der Maschinenbau- und Energiebetriebe die hohe Aufgabe gestellt, in den Jahren 1954 — 1955 die Befriedigung der Bedürfnisse unserer Industrie und Bevölkerung bei der Versorgung mit Elektroenergie zu sichern. Unser Betrieb hat zur Erfüllung des Exportprogramms und unseres Volkswirtschaftsplanes versprochen, mit ganzer Kraft an der Erfüllung dieser Aufgaben zu arbeiten.

Durch unsere Einsatzfreudigkeit am Arbeitsplatz und durch aktive Teilnahme zur Vorbereitung der Wahlen zur Volkskammer wollen wir dazu beitragen, eine glückliche Zukunft und ein einheitliches, friedliebendes und demokratisches Deutschland zu schaffen.

Hiervon ausgehend beschließt die Delegiertenkonferenz:

1. Der Rechenschaftsbericht des Werkleiters, Koll. Graskowski, und der Rechenschaftsbericht der BGL werden gebilligt.

2. Die Delegierten fordern von der Werkleitung, daß diese Maßnahmen einleitet, damit zur besseren Führung des sozialistischen Wettbewerbes der Plan auf die Abteilungen und Brigaden bis zum 31. August 1954 aufgeschlüsselt wird.

3. Die Produktionsberatungen müssen künftig besser organisiert und ein energischer Kampf gegen alle bürokratischen Hemmnisse geführt werden. Dabei gilt es, die kritischen Hinweise und Vorschläge der Kollegen zu beachten und Mißstände zu beseitigen. Die Produktionsberatungen sind eine hohe Form des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter und Angestellten. Sie müssen zum Forum der Entfaltung der Kritik und Selbstkritik, vor allem der Kritik von unten werden. Die Vorschläge der Arbeiter auf den Produktionsberatungen sind nach Überprüfung von den Wirtschaftsfunktionären gewissenhaft und termingemäß durchzuführen. In jeder Produktionsberatung berichtet ein Beauftragter der Werkleitung über die eingeleiteten

Maßnahmen und über die Erfüllung der Beschlüsse und Vorschläge der vergangenen Produktionsberatungen. Kollegen! Macht Schluß mit dem registrieren, nehmt eure Arbeiterrechte wahr, helft verändern! Die Gewerkschaften werden unnachsichtlich Bestrafung aller Funktionäre fordern, die sich gegenüber den Vorschlägen und Hinweisen der Arbeiter und Angestellten gleichgültig verhalten.

4. Wegen Mißachtung der schöpferischen Initiative und des demokratischen Mitbestimmungsrechtes der Werktätigen, forderten die Delegierten von der Werkleitung, daß dem Koll. Ing. Peter Müller, Abteilung TT, die Quartalsprämie um 50 Prozent gekürzt wird, unter gleichzeitiger Eintragung in die Personalakte. Diese schädliche Praxis, die im Verhalten des Kollegen Müller zum Ausdruck kommt, führt dazu, daß die Aktivität der Massen eingeschliffert und unterdrückt wird.

5. Entsprechend der Verordnung vom 10. Dezember 1953 muß entschiedener als bisher der Kampf gegen die Überstunden geführt werden. Von den Wirtschaftsfunktionären fordern die Gewerkschaften eine weitere Verbesserung der Arbeitsorganisation.

6. In den Gewerkschaftsgruppen, Abt.-Gewerkschaftsleitungen und Kommissionen, ist den täglichen Sorgen und Nöten der Kolleginnen und Kollegen mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Es kommt darauf an, auf alle Fragen, die die Arbeiter und Angestellten haben, zu antworten, sich um die Sorgen und Nöte der Werktätigen zu kümmern. Zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Organen der Gewerkschaft und zur besseren Interessenvertretung der Arbeiter werden wöchentlich Sprechstunden für die Arbeiter in den einzelnen Produktionsabschnitten durch den Meister in Verbindung mit dem Gewerkschaftsgruppenorganisator bzw. AGL-Vorsitzenden durchgeführt und monatlich einmal durch den Abteilungsleiter.

7. Die Verpflichtungen der Werkleitung zur Verbesserung des Arbeitsschutzes wurden im I. Halbjahr nicht restlos erfüllt. Die Gewerkschaften fordern, daß die vorgesehenen Mittel für den Arbeitsschutz entsprechend den Verpflichtungen im BKV termingemäß realisiert werden.

8. Zur Steigerung der Massenbedarfsgüterproduktion wird die BGL verpflichtet, eine stärkere Kontrolle über den Stand sowie die Erweiterung der Produktion auszuüben. Die

Arbeiterinitiative zur Produktion von weiteren Massenbedarfsgütern muß in allen Gewerkschaftsgruppen geweckt und gefördert werden mit dem Ziel, über die festgelegte Summe hinaus Massenbedarfsgüter unserer Bevölkerung zuzuführen.

9. Zur Förderung unserer jungen Facharbeiter sind durch die Werkleitung bis zum 31. August 1954 konkrete Maßnahmen zu treffen, die den jungen Facharbeitern ermöglichen, ihre Facharbeiternorm zu erfüllen. Ein entschiedener Kampf ist gegen das egoistische Verhalten einiger erfahrener Facharbeiter zu führen, die die Jugend sich selbst überlassen, und ihr nicht ihre reichen Erfahrungen in der täglichen Produktionsarbeit übermitteln.

Der Arbeiterjugend muß durch die Gewerkschaften jede Hilfe und Unterstützung zuteil werden.

Der Werkleitung wird empfohlen, Maßnahmen zu treffen, die den erfahrenen Facharbeitern einen genügenden materiellen Anreiz zur weiteren Qualifizierung unserer jungen Arbeiter geben.

10. Die Delegiertenkonferenz fordert von der BGL die Durchführung des Kollektivvertrages entsprechend der Verordnung vom 10. Dezember 1953 besser zu kontrollieren. Mindestens einmal monatlich ist in der BGL und in den Abteilungsgewerkschaftsleitungen unter Hinzuziehung der Wirtschaftsfunktionäre der Stand der Erfüllung des Betriebskollektivvertrages zu überprüfen.

Von der Gewerkschaft sind in den Abteilungen arbeitsfähige Kommissionen zu bilden.

In der Betriebszeitung ist der Beschluß der Delegiertenkonferenz zu veröffentlichen und in allen Abteilungen auszuhängen.

Die Delegierten erläutern und kontrollieren in Zusammenarbeit mit den Meistern und Bereichsleitern diesen Beschluß in den Gewerkschaftsgruppen und in den Abteilungsgewerkschaftsleitungen. Die BGL wird verpflichtet, im August eine Betriebsversammlung durchzuführen, auf der ein Mitglied der Volkskammer zur bisherigen Arbeit und zur Vorbereitung der Wahlen sprechen wird.

11. Die Delegiertenkonferenz fordert von der BGL, daß bis zum 10. August 1954 eine Gewerkschaftsaktivtagung durchgeführt wird, auf der den Kollegen ein Arbeitsplan zur Durchführung dieser Entschließung, zur Erfüllung des Betriebskollektivvertrages und zur Vorbereitung der Volkswahlen unterbreitet wird.

Helft mit

am „Bau der Jugend“ - Kraftwerke Trattendorf

**Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe junge Freunde!**

Habt ihr schon einmal den Namen Trattendorf gehört? — Nun, vielleicht doch. Der Name dieses kleinen Ortes im Bezirk Cottbus hat ja in den letzten Tagen und Wochen des öfteren in den Zeitungen gestanden. Trattendorf ist ein bisher ziemlich unbekannter Ort in der Nähe von Spremberg.

Hier wird bis zum Jahre 1958 eines der modernsten Kraftwerke Europas entstehen. Ihr alle wißt, daß die Energieversorgung in unserer Deutschen Demokratischen Republik nicht ganz mit der stürmischen Entwicklung unserer Industrie Schritt gehalten hat. Erinnert ihr euch noch an den vergangenen Winter, wo es auch in unserem Betrieb Stunden gab, in denen mit sogenannten „stromfressenden Maschinen“ nicht gearbeitet werden durfte? Und in der Landwirtschaft wird man auch bei der kommenden Ernte noch darauf achten müssen, daß nach Möglichkeit nur die Nachtstunden zum Dreschen verwandt werden. Wenn es auch Dank der Politik des neuen Kurses möglich war, die ständigen Stromabschaltungen zu beseitigen, so mußten doch vereinzelt auf Grund der Undiszipliniert-heit einzelner Verbraucher hin und wieder diese unangenehmen Stromabschaltungen vorgenommen werden. Das alles soll anders werden.

Darum wurde von unserer Regierung das Energiebauprogramm aufgestellt. Hierin ist auch die Aufgabe gestellt, bis zum Jahre 1958 ein Mitteldruck- und ein Hochdruckkraftwerk in Trattendorf zu errichten. Das erstgenannte soll schon im Jahre 1955 den ersten Strom an die Verbraucher liefern.

Welche Bedeutung kommt nun speziell dem Bau der Kraftwerke in Trattendorf zu?

Es wird hier ein Kraftwerk mit einer Leistung von zunächst 300 000 Kilowatt gebaut, das über Hochspannungsleitungen (125 KV) die Versorgung Berlins mit übernimmt. Dadurch werden andere Kraftwerke entlastet und können dafür den Raum Brandenburg und Mecklenburg besser mit elektrischer Energie versorgen.

In Anbetracht der Bedeutung der Errichtung der Kraftwerke Trattendorf für die weitere wirtschaftliche Entwicklung unserer Republik, hat der Zentralrat der FDJ beschlossen, dieses Objekt zum „Bau der Jugend“ zu erklären und die Patenschaft darüber zu tragen.

Schon seit mehreren Wochen sind Jugendliche aus allen Teilen unserer Republik — genau wie einst beim Talsperrenbau in Sosa — mit Begeisterung bei der Errichtung dieses Werkes tätig.

Aber auch wir Kollegen des Transformatorwerkes „Karl Liebknecht“ wollen und können unseren Beitrag dazu leisten. Ist doch unser Werk eines der wichtigsten Zubringerbetriebe bei der Installation der Kraftwerke Trattendorf. Fast alle Abteilungen unseres Werkes haben noch in diesem Jahr Transformatoren, Regler, Wandler, Schalter oder andere Geräte für das Kraftwerk Trattendorf herzustellen.

Der Gesamtwert dieser Aufträge beträgt etwa 2 Millionen Mark.

Liebe junge Freunde!

Beteiligt euch am Produktionsaufgebot der deutschen Jugend, indem ihr bestimmte Verpflichtungen übernehmt, um die Aufträge für die Kraftwerke Trattendorf termingerecht zu erfüllen.

Kolleginnen und Kollegen!

Helft auch ihr mit, daß der Bau der Jugend — Kraftwerke Trattendorf — zu einem neuen Beweis des Aufbaus der Bevölkerung unserer Deutschen Demokratischen Republik wird.

Heinz Dünnbier (FDJ)

Selbstverpflichtung

Aus Anlaß des Baues der Jugend, Kraftwerke Trattendorf, verpflichte ich mich, mit dem Jugendfreund Manfred Masche

1. Monatlich eine Wandzeitung über die Aufgaben und Verpflichtungen hinsichtlich des Jugendbaus Trattendorf auszugestalten.

Termin der 1. Ausgestaltung 23. Juli 1954.

2. Ständig einsatzbereit zu sein.

3. An den Kontrollposten mitzuarbeiten.

4. Schweißgeräte in persönliche Pflege zu nehmen.

5. In der Gruppe Wzb einmal im Monat über Trattendorf zu berichten.

Gerhard Lehmann (Wzb)

Produktionsaufgebot der Arbeiterjugend

Das Energiebauprogramm in der Deutschen Demokratischen Republik muß schnellstens erfüllt werden. Die Jugend erklärte sich deshalb solidarisch mit den Kollegen des Energiebaus und übernahm die Patenschaft der Kraftwerke Trattendorf. Wir als junge Kollegen unseres Werkes wollen mithelfen, daß das Jugendkraftwerk Trattendorf bald Energie erzeugt, die den Arbeitern und Bauern unserer Republik zugute kommt.

Liebe junge Kollegen!

Beteiligt euch alle am Produktionsaufgebot und kämpft um die Erfüllung. Geht Verpflichtungen ein und entfaltet den sozialistischen Wettbewerb. Erhöht unermüdlich eure politische und fachliche Qualifikation und eignet euch ein umfassendes Wissen der sozialistischen Produktionstechnik an.

Steigert die Arbeitsproduktivität durch die Anwendung der Neuerer-methoden und der Prinzipien der sozialistischen Arbeitsdisziplin. Helft mit, die Objekte für Trattendorf termingemäß zu erfüllen. Senkt in allen Industriezweigen die Produktionskosten, denn das ist die notwendige Voraussetzung zur Senkung der Preise. Unser Wille, mit dem Produktionsaufgebot der Arbeiterjugend das „Jahr der großen Initiative“ zu einem großen Erfolg werden zu lassen, muß von der klaren politischen Erkenntnis getragen sein, im Herbst die Volkswahlen zu einem überwältigendem Bekenntnis der deutschen Jugend zur Politik unserer Regierung zu gestalten.

Alice Zimmermann
FDJ-Gruppe Verwaltung

Berichtigung

In unserem Artikel „Freundliche und unfreundliche Gastgeber“ ist ein bedauerlicher Irrtum unterlaufen. Wie uns der Kollege Lehmann von der Betriebsgruppe der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft jetzt mitteilt, handelt es sich bei den angegebenen Ergebnissen des Markenverkaufs um Summen, die im HF gesammelt wurden. Er hatte die Absicht, dies als Beispiel für unsere Kollegen aufzuzeigen. Leider kam das in dem angeführten Artikel nicht klar genug zum Ausdruck.

Redaktion

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Am 15. Juli 1954 fand in Anwesenheit von 95 Delegierten in unserem Kulturhaus, die erste Rechenschaftslegung über die Erfüllung unseres Betriebskollektivvertrages statt. Leider ist es uns nicht mehr möglich, in dieser Ausgabe unserer Betriebszeitung einen ausführlichen Bericht darüber zu bringen.

Wir werden aber in unserer nächsten Ausgabe Nr. 29/1954 über diese Konferenz näheres bringen. Wir veröffentlichen aber bereits jetzt die Entschließung, die auf dieser Konferenz einstimmig angenommen wurde.

Redaktion

Die FDJ kann man nicht verbieten!

Am 15. Juli 1954 begann in Westdeutschland vor dem Bundesverwaltungsgericht der großangelegte und seit langem vorbereitete Prozeß gegen die Freie Deutsche Jugend.

Mit diesem Terrorprozeß will das volksfeindliche Bonner Regime die fortschrittlichste Jugendorganisation im Westen unseres Vaterlandes verbieten. Die Bonner Kriegstreiber fürchten die FDJ, weil sie am konsequentesten, ohne Furcht vor Terror und Schikanen, die Interessen aller friedliebenden jungen Deutschen vertritt. Die FDJ ist die Jugendorganisation, die am mutigsten für die nationale Einheit und die Sicherung des Friedens eintritt.

Weshalb dieser Prozeß gerade jetzt durchgeführt wird, ist offensichtlich. Das Bonner Kriegsministerium hat in diesen Tagen die letzten Vorbereitungen abgeschlossen, um die westdeutsche Jugend in Kasernen und amerikanischen Söldneruniformen zu pressen. Im Schreibtisch des zukünftigen Bonner Kriegsministers Blank liegt der fertige Entwurf des Wehrgesetzes. Um dieses Gesetz leichter in die Tat umsetzen zu können, will die Adenauer-Regierung die FDJ in Westdeutschland, die Interessenvertreterin der ganzen deutschen Jugend, mundtot machen. Aber wohl ist ihnen dabei offensichtlich nicht. Das Bundesverfassungsgericht, vor dem dieser Prozeß durchgeführt wird, hat seinen eigentlichen Sitz in Berlin-Charlottenburg. Dieser Prozeß aber wird in Karlsruhe durchgeführt. Man will möglichst weit vom Schuß weg sein. Die „Ankläger“ fürchten, in Berlin den entscheidenden Protest der friedliebenden deutschen Jugend. Deshalb verzogen sie sich nach Karlsruhe. Doch auch dieses wird ihnen nichts nützen. Auch in Karlsruhe werden sie von den Protesten aller fortschrittlichen Deutschen überschwemmt werden, auch in Karlsruhe wird die FDJ sich gut verteidigen, sie wird nicht Angeklagter sondern Ankläger sein.

Hans Schulz, FDJ

(Nach Redaktionsschluß) Das Ungeheuerliche ist geschehen. Am Freitag verkündigte das Bundesverwaltungsgericht in Karlsruhe das Urteil im Terrorprozeß gegen die Freie Deutsche Jugend Westdeutschlands. Dem Antrag der Adenauer-Regierung auf Verbot der FDJ wurde stattgegeben, die Gegenklage der FDJ abgewiesen.

Aber die FDJ kann man ebenso wenig verbieten, wie man verhindern kann, daß die Sonne im Osten aufgeht. In den Herzen der jungen Patrioten Westdeutschlands wird die Sonne des Kampfes für Frieden, Einheit und Freiheit weiter glühen. Die FDJ Westdeutschlands lebt und kämpft weiter!

Die nachstehend veröffentlichten Protest-Resolutionen wurden in Abteilungsversammlungen am Mittwoch, dem 14. Juli 1954 einstimmig angenommen und dem Bundesverfassungsgericht zugeleitet.

Protestresolution

Voller Empörung nahmen die FDJler und Jugendlichen der Lehrwerkstatt des Transformatorwerkes „Karl Liebknecht“ von dem bevorstehenden Verbot der FDJ in Westdeutschland Kenntnis.

Wir fragen Sie, wie so etwas möglich ist, da laut dem Grundgesetz, §1, jedem Bürger freie Meinungsäußerung gewährleistet wurde. Die deutsche Jugend in Ost und West ist für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland und verachtet es, ihr Leben für fremde Interessen hinzugeben.

Wir sind empört darüber, daß in einem Staat, wo soviel von Freiheit und Demokratie die Rede ist, demokratische Organisationen verboten werden.

Die Freie Deutsche Jugend und alle Jugendlichen in Ost und West verlangen, daß der Prozeß für das Verbot der FDJ in Westdeutschland rückgängig gemacht wird. Wir versichern Ihnen, daß wir keine Anstrengungen scheuen werden, alle Jugendlichen aus beiden Teilen Deutschlands im Kampf um den Frieden und die Einheit Deutschlands zu vereinen.

FDJler, Ausbilder und Lehrlinge
des Transformatorwerkes
„Karl Liebknecht“

Protestresolution

Wir haben mit Empörung davon Kenntnis genommen, daß der Bundesverwaltungs-Gerichtshof in Karlsruhe am 15. Juli 1954 einen Prozeß beginnen will, der mit dem Verbot der FDJ in Westdeutschland enden soll. Genau, wie in dem zur Zeit laufenden Prozeß gegen die KPD-Funktionäre Neumann, Dickel und Bechtle, will man auch hier die fortschrittlichsten Organisationen in Westdeutschland, die für eine baldige Erreichung der Einheit Deutschlands kämpfen, verbieten.

Damit will Adenauer und sein Verfassungsgericht die schärfsten Gegner der Europa-Armee ausschalten und insbesondere die Jugend auf das Schlachtfeld führen.

Die Kollegen der Verwaltung des Transformatorwerkes „Karl Liebknecht“ protestieren auf das schärfste gegen diesen Prozeß und den beabsichtigten Verfassungsbruch und fordern gleichzeitig energisch die sofortige Freilassung der KPD-Funktionäre Neumann, Dickel und Bechtle.

Schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe

Eine Unwetterkatastrophe von großem Ausmaß hatte in der vergangenen Woche auch den südlichen Teil unserer Deutschen Demokratischen Republik betroffen. Hab und Gut vieler tausender werktätiger Menschen ist beschädigt oder zerstört worden. Schon am Montag setzten in unserem Betrieb die Hilfsaktionen für die Unwettergeschädigten ein. Ohne auf Anweisung der Gewerkschaft oder einer anderen Stelle zu warten, begannen unsere Kollegen mit der Geldsammlung für die Unwettergeschädigten. Hier zeigte sich, daß Solidarität bei uns kein leeres Wort mehr ist, sondern zur Herzenssache aller Menschen geworden ist. Die Kollegen unserer Fotoabteilung verpflichteten sich, einen Stundenlohn — bzw. einen Prozentsatz ihres Gehaltes — zur Verfügung zu stellen. Sie riefen gleichzeitig über den Betriebsfunk alle anderen Kollegen auf, ebenfalls Geldsammlungen durchzuführen.

Die Kollegen der Abt. Stw und die Angehörigen des Betriebsschutzes werden ebenfalls einen Stundenlohn auf das Sonderkonto des Zentralen Hilfskomitees zur Beseitigung der Unweterschäden einzahlen.

Die Mitarbeiter des Büros für Erfindungswesen stellen ebenfalls ein Prozent ihres Gehaltes zur Verfügung.

In allen anderen Gewerkschaftsgruppen begannen am Dienstag, dem 13. Juli 1954, entsprechend einem Aufruf der Kommission für Arbeiterfragen, die Geldsammlungen für die Unwettergeschädigten.

Schon am Dienstag mittag, meldete die Abteilung LAP ein vorläufiges Sammelergebnis von 92,— DM, die Abteilung AN von 52,— DM.

Der Genosse Tarnowski sammelte in der Gewerkschaftsgruppe 6 der AGL 3, bis Dienstag mittag 52,— DM. Außerdem wurde hier als Sachwertspende von einem Kollegen ein Anzug zur Verfügung gestellt. 12 Kollegen der Kaderabteilung unseres Werkes zeichneten 75,75 DM für die Unwettergeschädigten.

Das sind nur die Ergebnisse, die bis Dienstag mittag bei uns vorlagen. Inzwischen hat sich diese Summe auf annähernd 2.000,— DM erhöht.

Kolleginnen und Kollegen!

Noch ist das Ausmaß der Schäden, die durch das Hochwasser in unserer Deutschen Demokratischen Republik entstanden, nicht real einzuschätzen. Aber es steht schon heute fest, daß viele Bürger unserer Republik auch an ihrem persönlichen Eigentum schwer geschädigt wurden. Helfen wir alle mit, daß ihnen ihr Los erleichtert wird. Jeder Groschen, jede Mark die von uns gespendet wird, trägt dazu bei.

Redaktion

Herausgeber: SED-Betriebsparteiorganisation Transformatorwerk „Karl Liebknecht“. Verantwortlicher Redakteur: Martin Zöllner. Veröffentlicht unter der Lizenz-Nr. 831 D des Pressesamtes beim Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Druck: (285) KONSUM-Druck Spindlersfeld